

sorgung gesichert. Entgegen allen Befürchtungen musste im Winter 2022/2023 niemand frieren. Dabei sprangen linke Sozialdemokraten wie pazifistische Grüne über den eigenen Schatten. 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und den Import von Flüssiggas hätte von der Ampel niemand erwartet. Unter dem Druck der Ereignisse siegte zeitweilig der Zwang des Faktischen über ideologische Glaubenssätze.

Die hohe Zustimmung, die die Ampel damals genoss, hatte sie sich auch etwas kosten lassen. Die Erhöhung des Mindestlohns, ein höheres Kindergeld, die Gas- und Strompreisbremse oder das 9-Euro-Ticket, das inzwischen 49 Euro kostet, ließen sich gut verkaufen. Dass dies alles mit einer enormen Ausweitung der Staatsverschuldung verbunden war, interessiert die meisten Wähler nicht.

Unter dem Druck der Ereignisse musste diese ungewöhnliche Koalition aus zwei linken und einer bürgerlichen Partei sich zusammenraufen. So drängten ausgerechnet die Grünen zusammen mit der FDP den zögerlichen Kanzler und seine Sozialdemokraten zur Lieferung von Waffen an die Ukraine. Scholz wiederum bewies ausnahmsweise einmal Führungskraft, als er den Grünen die Verlängerung der letzten Atomkraftwerke um ein paar Monate abtrotzte. Die nur ideologisch zu begründende Fahrlässigkeit, sie im April 2023 endgültig abzuschalten, macht Scholz aber mit.

### **Ideologiegetriebene Energiepolitik**

Bei allem kurzzeitigen Pragmatismus in der Energiepolitik wie dem Hochfahren der Kohlekraftwerke zeichnet sich diese durch unverantwortliche, ideologiegetriebene Inkonsequenz aus. Seit dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke ist aus dem Stromexporteur Deutschland ein Stromimporteur geworden. Dabei gilt die paradoxe Einstellung, Kernkraft aus deutschen Meilern sei von Übel, solche aus Frankreich

hingegen nicht. Ebenso verteidigen Rot und Grün in der Ampel ihren Glaubenssatz, Flüssiggas aus deutscher Produktion wäre umweltpolitisch nicht zu verantworten, über tausende von Meilen herbeigeschafftes LNG hingegen notwendig. Hier karikiert eine Regierung sich selbst.

Dass in Berlin zusammen regiert, was eigentlich nicht zusammengehört, wurde in diesem Jahr überdeutlich. Das monatelange Gezerre um das Heizungsgesetz offenbarte, dass die Fortschrittlichkeit aus den ersten Wochen der Ampel ebenso inszeniert wie naiv war. FDP-Chef Lindner hatte vor der Wahl versucht, bürgerlichen Wählern die Angst vor einer Ampel mit dem Hinweis zu nehmen, die Wahlprogramme von FDP, SPD und Grünen stimmten nur in einem Punkt überein: bei der Freigabe von Cannabis. Was eher scherzhaft gemeint war, wurde Realität.

So ist es kein Wunder, dass heftiger interner Streit in der Ampel zum „business as usual“ gehört. Bei Waffenlieferungen standen FDP und Grüne gegen die SPD, beim Bürgergeld und der Grundsicherung für Kinder die FDP gegen Rot-Grün, beim Heizungsgesetz die FDP gegen die Grünen mit einer schwankenden SPD als zunächst ratlose Zuschauer, bei den Flüchtlingen die FDP gegen Grüne und SPD. Vom Wahlergebnis euphorisiert, wollten Freie Demokraten und Grüne einst „Gemeinsamkeiten und Brücken über Trennendes“ ausloten“. Aus den bejubelten „spannenden Zeiten“ wurde eine Zeit ständiger Spannungen.

### **Scholz im Stil von Hansi Flick**

Dies alles wurde dadurch verschärft, dass der Kanzler zwar permanent im Stil des erfolglosen Hansi Flick sich selbst lobt, aber kaum Akzente setzt. Von der Richtlinienkompetenz des Regierungschefs war mit Ausnahme der eher symbolischen Verlängerung der AKW-Laufzeit nichts zu spüren. Von jenem Olaf Scholz, der angeblich auf Bestellung



*„Seit dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke ist aus dem Stromexporteur Deutschland ein Stromimporteur geworden. Dabei gilt die paradoxe Einstellung, Kernkraft aus deutschen Meilern sei von Übel, solche aus Frankreich hingegen nicht.“*



*„Selbst die Klimapolitik, ein zentrales Thema der selbsternannten Fortschrittskoalition, geriet – Stichwort Heizungsgesetz – zum Desaster.“*

Führung liefert, ist nichts zu sehen. Der Kanzler folgt eher dem Talleyrand-Prinzip: „Da geht mein Volk. Ich muss ihm nach. Ich bin sein Führer!“

Die Bertelsmann-Stiftung, für besonders kritische Bewertung linker und grüner Projekte nicht gerade berühmt, hat der Ampel jetzt ein gutes Zwischenzeugnis ausgestellt. Von den 435 Versprechen des Koalitionsvertrags seien 174 Versprechen (38 Prozent) bereits voll oder teilweise umgesetzt worden. Damit stehe die Ampel besser da als die Große Koalition. Solche Zahlenspiele dürften außerhalb der Berliner Politikblase jedoch niemanden interessieren.

Die Menschen nehmen die Lage anders wahr: Die Wirtschaft schmiert ab, Unternehmen gehen ins Ausland oder denken ernsthaft übers Auswandern nach, die Infrastruktur zerbröseln, die Inflation bleibt hoch, die Digitalisierung kommt kaum voran, die illegale Zuwanderung hält unvermindert an. Selbst die Klimapolitik, ein zentrales Thema der selbsternannten Fortschrittskoalition, geriet – Stichwort Heizungsgesetz – zum Desaster.

Dies alles ist nicht allein der Ampel anzulasten. Vieles davon beruht auf den Versäumnissen der vergangenen Jahrzehnte. Zur ehrlichen Bestandsaufnahme gehört aber auch, dass in den 25 Jahren seit 1998 die SPD nur vier Jahre (2009 – 2013) nicht an der Bundesregierung beteiligt war. Dies völlig auszublenden zählt zweifellos zu den kommunikativen